

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020

Teilhaushalt 4100

Wir können damit den Teilhaushalt 4000 verlassen und kommen zu **Teilhaushalt 4100** Kultur. Ich nehme Sie jetzt mit auf die **Seite 207**. Hier sind über die 1. Veränderungsliste die Beträge zur Sicherung von Archivgut bei der Ortsverwaltung Wolfartsweier - da geht es um einen Schimmelbefall - eingepreist worden.

Auf der **Seite 210** kommt der erste Antrag aus der Mitte des Gemeinderates.

Antrag 102 (Seite 210): Dynamisierung der Zuschüsse für Personal- und Mietkosten im Kulturbereich (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte ankündigen, dass wir den jetzt erst einmal von der Tagesordnung nehmen, weil wir von den anderen Fraktionen Signale bekommen haben, da vielleicht konzeptionell zeitnah zu beginnen, weil wir auch alle wissen – das weiß auch die Verwaltung -, dass die Kultureinrichtungen deutlich in Schieflage geraten. Deswegen ist dieses Konzept einer Dynamisierung auf jeden Fall sinnvoll.

Der Vorsitzende: Gut, von der Liste genommen.

Antrag 103 (Seite 210): Pauschale Förderung bei sonstigen Theatern und Musikpflege (AfD) Antrag 104 (Seite 210): Pauschale Einsparung beim (Staats-)Theatern

Ob Sie auch über weitere Ihrer Anträge gleich etwas sagen wollen, entscheiden Sie bitte und kündigen es uns an.

Stadtrat Schnell (AfD): Es ist im Kontext zu sehen zum Antrag Nr. 104, der Kürzung beim Badischen Staatstheater. Ich fange einmal damit an. Diese Kürzung um 4 % ist etwas, was wir ursprünglich im letzten Haushalt vorgesehen hatten. Dann wurde es aber doch nicht gemacht. Ich finde, aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Karlsruhe ist so eine moderate Kürzung beim Badischen Staatstheater, bei dem jeder Besuch im Jahr 2019 mit 162 Euro bezuschusst wurde, nicht so drastisch. Auf der anderen Seite haben wir insbesondere bei den Theatern, die im Theaterhaus logieren und dort ihre Aufführungen haben oder – wenn nicht Corona wäre – hätten, strukturelle Probleme, dort wirtschaftlich arbeiten zu können. Da sind zwar Ansätze in Planung, das auf eine bessere Basis zu stellen. Aber bis das soweit ist, wird es noch eine Weile gehen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass wir einen Teil des Geldes, das wir beim Badischen Staatstheater einsparen können, insbesondere für diese Theater ausgeben sollten. Das ist ein Betrag von 176.000 Euro. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Von uns die Haltung, dass es vertragliche Vereinbarungen gibt, die bindend sind für die Stadt Karlsruhe, insbesondere auch beim Staatstheater, dass wir grundsätzlich bei irgendwelchen Einsparungen, die wir vornehmen wollen in dem Bereich, belastbare Angaben brauchen, wo und wie und ohne den Bestand zu gefährden. Insofern lehnen wir den Antrag ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Ganz prinzipiell sollten wir uns nicht in die Tarifverhandlungen einmischen. Hier haben wir eine Institution mit 750 Mitarbeitern. Man kann das richtig oder schlecht finden, wenn es dort eine Tarifierhöhung gibt. Aber wenn die Verhandlungspartner das entschieden haben, dann müssen wir dem folgen. Übrigens kann man sagen, dass gerade die Mitarbeiter im Badischen Staatstheater die letzten Jahre – hier spreche ich nicht über den Generalintendanten, sondern über die Gebäude – unglaublich schwierige Arbeitsbedingungen hatten. Wir lehnen das ab.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können in die Abstimmung der beiden Anträge einsteigen.

Ich rufe Antrag Nr. 103 auf, der AfD-Antrag Pauschale Förderung bei sonstigen Theatern und Musikpflege. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe Antrag Nr. 104 auf, die pauschalen Einsparungen beim Staatstheater. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum Thema Nothilfe mit verschiedenen Facetten. Wir könnten es getrennt aufrufen oder auch zusammen diskutieren. Das überlasse ich Ihnen.

Antrag 105 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Existenzsicherungsfonds für freie Kulturinstitutionen in Karlsruhe (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Das haben wir auch schon im Kulturausschuss für **erledigt** erklärt, weil die Verwaltung in unserem Sinne reagiert hat.

Antrag 106 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Marotte Figurentheater (FDP)

Stadtrat Hock (FDP): Das Figurentheater Marotte ist in seiner Art wahrscheinlich einzigartig in Deutschland. In diesem Corona-Krisenjahr hat das Marotte Figurentheater einiges an Rückschlägen erleiden müssen und steht mit dem Rücken zur Wand. Deshalb hat meine Fraktion heute beantragt, dass corona-bedingt dieser Zuschuss von 19.000 Euro der Marotte gewährt wird. Wir bitten, bei diesem Antrag um Ihre Unterstützung.

Stadtrat Schmidt (GRÜNE): Ich möchte den Einstieg in den Bereich Kultur, wo zumindest die AfD-Anträge weg sind, nutzen, um eine allgemeine Einführung in diesen Bereich von unserer Seite zu machen.

Wie viele andere, schmerzt uns GRÜNE, wie hart die Kultur von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffen wurde. Das betrifft zwar die gesamte Kultur, aber natürlich vor allem die freie Kultur, die Soziokultur und die freien Theater. Genau das sind die Kultureinrichtungen, die Karlsruhes Kulturlandschaft erst so vielfältig und innovativ machen. Wir GRÜNE wollen die Kultur, die Kulturträger, die Kulturschaffenden nicht im Stich lassen. Deswegen ist uns wichtig, dass es alle Kultureinrichtungen, die es in der Zeit vor der Corona-Pandemie gegeben hat, auch noch nach der Corona-Pandemie geben wird. Denn Kultur ist unserer Meinung nach kein Luxus, sondern ein Lebenselixier. Eine Stadt ohne Musik, ohne Theater und ohne Museen, ist eine tote Stadt. Das wollen wir verhindern. Deswegen haben wir bereits im April 2020 einen kommunalen Nothilfefonds für Kulturein-

richtungen über 2,5 Mio. Euro beantragt. Wir wissen, dass auch im Jahr 2021 viele Einschränkungen noch Bestand haben werden. Was wir nicht wissen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ist, ob der Fonds komplett ausgeschöpft werden wird, weil viele Anträge noch bis Januar 2021 gestellt werden können. Erst dann, wenn wir wissen, ob auch nach Inanspruchnahme von Bundes- und Landesmitteln noch weiter Bedarf ist nach einem kommunalen Nothilfefonds, wissen wir, ob es noch weitere kommunale Mittel gibt, die nötig sind. Falls dem so ist, werden wir überplanmäßig auch im nächsten Jahr einen weiteren Fonds beantragen.

Wegen des 2021 beginnenden und steigenden Haushaltsdefizits ist die Erhöhung der Förderung für Kultureinrichtungen nur in dringenden Fällen möglich. Das haben wir bereits in unserer Haushaltsrede deutlich gemacht. Wir GRÜNE werden deshalb – mit der Ausnahme von SAU e. V. – keine neue institutionelle Förderung in den Haushalt 2020 aufnehmen. Haushaltsanträge von Fraktionen zur Abhilfe von Notlagen, wie jetzt auch gerade zu dem Punkt, zu dem wir reden, werden wir nicht unterstützen, da genau dieser Notlagenfonds vorhanden ist, über den ich gerade gesprochen habe. Von daher kann ich auch in Teilen diese Anträge nicht ganz nachvollziehen.

Eine Ausnahme stellt für uns allerdings der Kinder- und Jugendchor Cantus Juvenum dar. Ich habe eben über den Nothilfefonds gesprochen. Dieser Nothilfefonds richtet sich primär an Einrichtungen, die bereits institutionell gefördert wurden. Cantus Juvenum wurde bisher noch nicht institutionell gefördert. Wir möchten aber, dass dieser Ausnahmehor erhalten bleibt. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, gemeinsam mit der SPD einen Antrag zu stellen, dass auch hier ein einmaliger Zuschuss fließt.

Wir sehen außerdem bei der Marotte, bei dem Jakobus-Theater, Diapason, dem BBK, Badischer Kunstverein, Gedok und dem Centre Culturel einen Bedarf für eine moderate Erhöhung der institutionellen Zuschüsse. Alle der genannten Einrichtungen konnten uns glaubhaft darlegen, dass die Erhöhung für den Fortbestand ihrer Strukturen auch unabhängig von Corona erforderlich und angemessen ist. Außerdem beantragen wir für die Kinemathek und den Jazz-Club einmalige Zuschüsse für unabwendbare Baumaßnahmen, um ihre Räume in der Kaiserpassage für das Publikum nutzbar zu machen. Deswegen sollen die Projekte dort unbedingt realisiert werden und nicht auf den letzten Metern scheitern. Mit einem einmaligen Betriebskostenzuschuss von 10.000 Euro möchte wir außerdem den Werkraum unterstützen. Der Verein hat mit Handwerkerproblemen zu kämpfen, die zu einem großen Teil durch Eigenleistung aufgefangen werden konnten. Aber trotzdem braucht es noch diese 10.000 Euro, um das gewissermaßen zu sichern.

Wir wissen, dass die Kultureinrichtungen auch im kommenden Jahr noch mit Einschränkungen zu kämpfen haben werden. Deswegen schauen wir, dass wir die Kultur auch im Doppelhaushalt 2022/23 erneut gut aufstellen und dass die Kultur uns hier in Karlsruhe so erhalten bleibt, wie wir es vor der Krise kannten.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Auch ich werde jetzt die Möglichkeit in Anspruch nehmen, grundsätzliche Ausführungen der CDU-Fraktion für den gesamten Bereich Kultur zu machen. Die CDU-Fraktion hat dieses Jahr leider aufgrund der gesamten Haushaltslage des hohen Defizits von über 120 Mio. Euro, wie wir eingangs gesehen haben, keine eigenen Anträge in diesem Bereich gestellt. Das hat uns weh getan, das tut uns weh, weil wir dadurch unser

Königsrecht, das uns viel wert ist, nicht ausüben können. Aber wir sehen insgesamt, dass wir an der Ausgabenpolitik dringend Veränderungen brauchen. Bei den Großprojekten, aber auch im gesamten Rahmen, damit wir künftig weiterhin nachhaltig haushalten können und vor allem wieder eine Perspektive haben, irgendwann wieder in einen soliden Haushalt zu kommen und dann auch wieder aktiv mit eigenen Anträgen im Bereich Kultur, Soziales, in allen Bereichen zu gestalten und Möglichkeiten zu schaffen.

Unsere Kultur leidet. Das sehen wir das gesamte Jahr. Wir leiden durchaus mit. Sie haben durchgehalten. Sie haben Hoffnung, dass sie ihren Bestand erhalten können. Das ist ein Punkt, wo wir auch mitsichern wollen. Denn wir wollen vermeiden, dass wir künftig in die Situation geraten, womöglich noch Kürzungen vornehmen zu müssen. Denn das würde die Kultur dann nicht mehr verkraften. Wir haben es uns daher sorgfältig überlegt, wie wir mit den einzelnen Anträgen der anderen Fraktionen umgehen werden. Wir halten unsere klare Linie, die besagt, dass wir kein zusätzliches Personal und keine Zuschusserhöhungen mitgehen werden. Aber wir sehen Ausnahmen, wenn es um den Bereich der corona-bedingten Schieflage geht, in die eine Einrichtung geraten ist. Hier gibt es aber das Corona-Hilfspaket, das wir geschaffen haben in der Juli-Sitzung, um Möglichkeiten zu schaffen, auch außerplanmäßig Anträge zu stellen. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, dass 2021 bei Bedarf und bei anhaltenden Beschränkungen dieses Paket und die Antragsfristen erweitert werden. Wir werden aber jetzt die Anträge Nr. 108 und 109 nicht bejahen, weil diese bereits mit dem Corona-Paket ihre Anträge stellen können. Wir sehen, dass das in dem Volumen der 2,5 Mio. Euro möglich ist.

Wir werden Ausnahmen machen, wenn es um einmalige Investitionszuschüsse geht, wie beispielsweise – dazu kommen wir später – Jazz-Club, Kinemathek, weil dort einfach die Baustellen akut da sind. Das muss voran gehen, sonst kann man die Kulturbetriebe nicht mehr erhalten. Das sind Investitionen für die Zukunft. Da sparen wir künftig dann auch höhere Ausgaben und Kosten. Wir werden auch beispielsweise einmalig SAU e. V. – das ist dann Antrag Nr. 110 – unterstützen, weil dieser Verein belastbar dargelegt hat, dass er tatsächlich durch Corona in eine extreme Schieflage geraten ist. Wir halten es auch für erwähnenswert, dass SAU e. V. in der Vergangenheit noch nie städtische Zuschüsse in irgendeiner Form in Anspruch nehmen wollte, sondern stets durch Eigenleistung viel beigetragen hat. Das ist zu unterstützen.

Das sind die grundsätzlichen Ausführungen der CDU-Fraktion. Bei den Ausnahmen, bei denen wir später zustimmen, werde ich mich kurz äußern. Ansonsten wünschen wir den Kultureinrichtungen Durchhaltevermögen. Wir danken ihnen für all ihr Engagement in diesem sehr schwierigen Jahr. Wir wollen mit unserem Abstimmungsverhalten vor allem Kunst und Kultur zukunftsfähig erhalten und sichern. Wir wollen, dass die Qualität und die Vielfalt auch in den kommenden Jahren erhalten bleibt.

Stadträtin Ernemann (SPD): Zum Erhalt und Unterstützung der Kultur – das ist überhaupt keine Frage – steht meine Fraktion seit Jahren. Ich muss noch einmal auf den letzten Doppelhaushalt zurückgehen. Da haben wir das eindeutig bewiesen. Der Kollege Schmidt hat schon im Wesentlichen alles gesagt, was ich hätte auch sagen wollen. Aber lassen Sie mich doch noch ein paar Dinge hinzufügen.

Es hat uns dieses Jahr sehr schwer gemacht abzuwägen als politischer Entscheidungsträger, durch diesen von uns genehmigten Nothilfefonds, der noch nicht vollkommen ausgeschöpft ist, da laufen noch Anträge, die Antragsfrist ist noch nicht abgelaufen. Es war eine Abwägungssachen. Natürlich haben uns fast alle Kulturträger glaubwürdig vermittelt, dass Bedarf besteht. Aber es war ziemlich schwer abzuwägen, wer bekommt was aus dem Nothilfefonds, wo müssen wir nachlegen, wo ist wirklich der Bedarf. Wir haben das gemacht. Ich muss sagen, wir sind im Wesentlichen, bis auf eine Ausnahme – SAU e. V. – unserer Linie treu geblieben und unserem Vorsatz, keine neue Institution aufzunehmen in die institutionelle Förderung. Denn – lassen Sie mich das anmerken – wer einmal eine institutionelle Förderung erhält, erhält sie dauernd. Ich habe es noch nicht erlebt in 15 Jahren Stadtrat, dass die zurückgenommen wurde. Insofern ist es wirklich eine Entscheidung, die zukunftsweisend ist. Aber auch bei SAU e. V. waren wir der Meinung, SAU e. V. muss und gehört institutionell gefördert. Die Alte Hackerei ist die Hardware, und SAU e. V., dieser ehrenamtlich geführte Verein, bietet die Software und das mit viel ehrenamtlichem Engagement.

Was wir erstmals auch unterstützen, ist Diapason, die Musikschule in Durlach, die eine außergewöhnlich gute Arbeit machen, auch aus der Situation heraus. Das ist jetzt ein Unterschied. In der Vorlage steht „institutionelle Förderung“. Es ist aber keine institutionelle Förderung in dem Antrag der SPD und der GRÜNE. Es ist ein einmaliger Betrag für Cantus Juvenum. Dieser Chor, der über die Grenzen Karlsruhes hinaus wirklich ein großes Ansehen genießt. Was wir auch einmalig unterstützen, nicht fortlaufend, ist dieses Jahr der Badische Kunstverein, die schon seit Jahren keine institutionelle Förderung mehr erfahren haben. Was wir auch ablehnen, dazu stehe ich, das kann ich auch ankündigen, ist dieses Jahr im Doppelhaushalt – ich sage nicht jegliche, aber das kann sich noch ändern -, wir werden das Centre Culturel nicht finanziell unterstützen, auch nicht Werkraum und auch nicht Tiyatro Diyalog. Das ist keine Missachtung ihres Engagements und ihrer politischen Tätigkeit. Das ist eine Abwägung. Wir können nicht alle Haushaltswünsche erfüllen. In dem Fall haben unter all den vielen Anträgen und Gesprächen, die wir geführt hatten, diese drei Institutionen nicht die Mehrheit in meiner Fraktion gefunden.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Wir haben in diesen Haushaltsberatungen unseren Schwerpunkt ziemlich in den Bereich der Kultur gelegt, was unsere Anträge angeht. Ich denke, das ist unser Schwerpunkt. Denn das kulturelle Leben in einer Stadt ist unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Die freien Kulturträger und die freien Theater erfüllen diesen Auftrag seit Jahren, tragen dazu bei, dass Karlsruhe in der Kulturlandschaft vielfältig und bunt ist. Dafür gebührt ihnen unser Dank und auch der Dank an die Verwaltung und an die Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier eingegriffen haben mit dem Nothilfefonds, um die Schief lagen, die durch den corona-bedingten Shutdown entstanden sind, abzufedern. Denn genau in der freien Kulturszene und Theaterszenen stehen viele Einrichtungen kurz vor dem endgültigen Aus. Finanzielle Polster drohten aufgebraucht zu werden oder waren gar nicht vorhanden. Für die gezeigte Bereitschaft der Stadtverwaltung und des Gemeinderates, den betroffenen Einrichtungen mit individuellen Lösungen zu helfen, danken wir noch einmal herzlich, da jeder dieser Betriebe vor eigenen Schwierigkeiten steht.

Jetzt ist es so, dass die Einrichtungen in den vergangenen Zeiten unheimlich viel Kreativität bewiesen haben, sei es im Einwerben von Spenden oder Durchführung von Veranstaltungen in diesen Zeiten, so dass es zunächst einmal gar nicht so schlimm gekommen ist, wie be-

fürchtet und auf den genannten Topf noch im nächsten Jahr zurückgegriffen werden kann. Vor diesem Hintergrund sind unsere gesamten Kulturanträge zu sehen.

Wir haben noch eine Bitte. Das bezieht sich auf die Ordnungszahl 110, zum SAU e. V., der Antrag der FDP. Wir werden unseren Antrag Nr. 123 zum SAU e. V. modifizieren und auf einen Betrag von 20.000 Euro reduzieren. Wir bitten, dass diese beiden Anträge gemeinsam behandelt werden.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich habe eine Nachfrage zum Antrag Nr. 106. Das läuft unter dem Thema Nothilfe – Existenzsicherung. Inwieweit ist das durch das Programm, das Herr Dr. Käuflein mit dem Kulturamt hat, inkludiert? Oder haben die auch die Möglichkeit, auf diese Mittel zuzugreifen und die Anträge entsprechend zu begründen?

Dann zu den Anträgen Nr. 107 bis 109, zu diesem Chor. In der Stellungnahme der Stadt steht, dass Sie eine Beteiligung der Kirchen erwarten. Gibt es da irgendwelche Anzeichen, was dort passiert? Denn das Subsidiaritätsprinzip, dass man Hilfe zur Selbsthilfe mit dazu gibt, halten wir hoch und würden das als Voraussetzung ansehen, diesen Anträgen zustimmen zu können.

Ansonsten werden wir, abgesehen von den Theatern im Theaterhaus, die ein strukturelles finanzielles Problem haben, wie wir kürzlich gehört haben, beim Kulturbereich bei diesem Haushalt und der finanziellen Situation der Stadt darauf achten, dass das, was wir haben, erhalten bleibt, dass nichts verloren geht. Aber Aufstockungen im institutionellen Bereich, dauerhaft, da sehen wir keine Möglichkeiten.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Auch von mir erst einmal ein paar einleitende Worte. Wir starten in einen Haushalt in einer Zeit, die für die Kultur so schwer ist, wie noch nie. Das kulturelle Leben ist beinahe vollständig zum Erliegen gekommen, auch wenn wir eine sehr große Kreativität der Kulturschaffenden haben, die man nicht vergessen darf. Natürlich hat das auch immense Auswirkungen, das darf man nicht vergessen, auf die sowieso schon sehr prekäre Situation vieler Beschäftigter in diesem Sektor, der immerhin einer der größten hier in der Region ist. Deswegen begrüßen wir als Fraktion natürlich auch Initiativen, die diese unglaublich vielfältigen Beschäftigungsbereiche hinter der Kultur sichtbar machen, sei es von Catering bis Veranstaltungstechnik.

Wie meine Vorredner möchte ich auch auf diesen Existenzfehlbetragsausgleich, wie er so sperrig heißt, verweisen. Das war eine sehr große und sehr wichtige und wertvolle Sicherungsmaßnahme, die wir letztes Jahr getroffen haben. Ich bin auch sehr froh, dass die Verwaltung von sich aus die Gelder im nächsten Jahr weiterhin abrufbar hält. Ich glaube, es geht nicht um die Höhe. Es geht vor allem um die Existenz. Wenn ich weiß, da ist ein Auffangnetz, dann turmt es sich doch sehr viel leichter auf dem Seil. Es ist auch wichtig, dass wir diese Flexibilität haben und jetzt nicht am Ende des Jahres überstürzt Gelder auszahlen müssen, die man vielleicht später viel dringender braucht. Ich bin auch dafür, einzelnen Einrichtungen, wie Cantus Juvenum, heute eine Existenzsicherung zu geben. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal, auch wenn die natürlich selbst einen Antrag auf unseren Rettungsfonds stellen könnten. Das war auch explizit auf unseren Wunsch für Einrichtungen offen, die bisher noch nicht gefördert wurden.

Aber neben dieser Sicherung von dem, was wir haben, wo ich auch dieses breite Bekenntnis sehr begrüße, geht es uns darum, dass sich Kultur weiterentwickeln kann. Man kann sie nicht betonieren und einfrieren. Man muss auch den Kultureinrichtungen die Möglichkeit geben, das, was sie machen, zu überdenken und vielleicht weiterzuentwickeln. Da unterstütze ich heute sehr gerne und mit großer Begeisterung den Antrag des Künstlerhauses, die jetzt einen Generationswechsel schaffen wollen und mit viel Elan und engagierten Leuten etwas Neues wagen und sich neu aufstellen wollen. Das ist auf jeden Fall hervorzuheben. Auch das Gedok unterstütze ich sehr gerne. Ich freue mich, dass diese ganzen Signale aus den Reihen hier ich so deuten kann, dass SAU e. V. zum ersten Mal institutionell gefördert wird.

Stadtrat Hofmann (CDU): Nur zur Sicherheit - ich gehe davon aus, dass Sie jetzt die Anträge einzeln abstimmen werden - habe ich mich noch einmal gemeldet. Gerade als CDU, die Kollegin Dr. Dogan hat es schon gesagt, ist das Theaterhaus sehr wichtig. Es sind jetzt mehrere Anträge drin. Einmal die 19.000 Euro von der FDP, unten sind es ein mal 12.000 Euro für Marotte und 7.000 Euro für Jakobus. Ich denke, das ist wahrscheinlich ähnlich. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, gerade die Problematik Theaterhaus ist allen hier bekannt. Wir haben uns alle auch dazu bekannt, dass dort ein strukturelles Defizit da ist. Ich denke, das lösen wir jetzt aber nicht, wenn wir immer wieder rangehen und sukzessive etwas aufbauen. Deswegen wäre es meiner Fraktion wichtig, dass wir für 2021 diesen Zuschuss mitgehen, und dass dann der Kulturausschuss oder sich das Amt damit befasst und für den Doppelhaushalt 2022/23 die entsprechenden Mittel so einstellt, dass es langfristig sinnvoll ist. Da geht es auch um die Problematik, wie wir gesagt haben, bezüglich eventuell Spielstättenverlagerungen oder sonst etwas, dass wir es als Ganzes sehen und nicht immer Stückwerk, jedes Jahr einen Teil hier mehr einbringen. Von daher würden wir gerne das für ein Jahr abstimmen und dann den Auftrag mitgeben, dies langfristig entsprechend zu sichern, dass dies, ähnlich, wie wir es vorhin gemacht haben, dann damit eingebracht wird.

Stadtrat Cramer (KAL/DIE PARTEI) zur Geschäftsordnung: Mit Blick auf die Uhr möchte ich den Vorschlag machen, dass wir die Einzelabstimmungen der Anträge nach der Mittagspause machen. Denn alles schaffen wir nicht, oder die Mittagspause wird doch ein ganz schönes Stück nach hinten verschoben. Ich hoffe, dass das Plenum mitgehen kann.

Der Vorsitzende: Ich plädiere darauf, dass Sie uns noch eine halbe Stunde geben. Dann bekommen wir nämlich die ganzen Einzelanträge durch, weil wir jetzt gerade im Thema sind. Da wäre jetzt meine Gegenrede.

Dann stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auf Eintritt in die Mittagspause jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung (*Anm.: 7 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung*). Ich mache aber dann wirklich um halb zwei Schluss. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass das jetzt ewig geht.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Es ist eine doppelte Fragestellung von Stadtrat Schnell nach der Marotte. Förderfähig aus diesen 2,5 Mio. Euro ist, wer bisher eine Förderung bekommen hat oder wer förderfähig wäre, aber aus irgendwelchen Gründen darauf verzichtet hat. Das trifft für die Marotte zu. Diese 2,5 Mio. Euro sind allerdings wirklich die Ultima Ratio. Also, wenn die Existenz einer Einrichtung gefährdet ist, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, dann kann ein Antrag gestellt werden. Jetzt ist möglicherweise nicht jeder Antrag im

Kulturbereich, der auf Corona verweist, in dieser Zuspitzung zu lesen, dass es um die reine Existenzsicherung geht.

Cantus Juvenum, da schlage ich Ihnen vor, ich finde es einleuchtend, dass man sagt, die Stadt fördert nur subsidiär oder komplementär oder wie auch immer. Sie können das mit einem Sperrvermerk abbilden, dass Sie sagen, die Stadt hilft unter der Voraussetzung, dass die evangelische Kirche auch bezahlt. Da gibt es bereits Schriftwechsel. Ich weiß jetzt nicht genau, ob es eine definitive Zusage gibt. Aber es gibt positive Signale. Insofern meine Empfehlung, machen Sie doch einfach einen Sperrvermerk.

Zu Herrn Stadtrat Hofmann: Ich werte das als einen Auftrag an den Kulturausschuss, dass wir über dieses Thema Theaterhaus, das uns wiederholt beschäftigt hat, noch einmal vertieft nachdenken. Denn in der Tat: Diese drei Theater in einem Haus, ohne eine grundsätzliche Erweiterung des Gebäudes – die ist nicht trivial – ist es nicht gut funktionsfähig. Insofern müssen wir uns noch einmal ganz grundsätzlich dieses Themas annehmen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ergänzend noch: Das Theaterhaus hatten wir umfangreich diskutiert in der letzten Kulturausschusssitzung. Das haben wahrscheinlich nicht alle in diesem Haus mitbekommen. Da sind genau diese Fragestellungen und Planungen angesprochen worden, die jetzt Kollege Hofmann angesprochen hat. Wir bleiben hier am Ball und werden das weiter verfolgen in Absprache mit den drei Einrichtungen. Übrigens hat das Sandkorn, das möchte ich an der Stelle auch erwähnen, bisher keinen Antrag gestellt oder sich nicht geäußert, dass sie aus dem Nothilfefonds Mittel brauchen. Es wird sich noch abzeichnen, wie das weitergeht.

Aber ich möchte doch noch zum Theaterhaus erwähnen, dass bei der Marotte einerseits der Nothilfefonds relevant und wichtig ist, andererseits aber die 12.000 Euro, die wir GRÜNE gestellt haben, dahingehend erklärt werden müssen, dass die Marotte eine Auflage bezüglich des Brandschutzes bekommen hat, die so gravierend war, dass sie Zuschauerreihen und ihre Lagerstätten unter der Tribüne abbauen mussten. Daraus resultiert ein Defizit der Mittel des Landes um rund 12.000 Euro. Das heißt, die 12.000 Euro sind eine institutionelle Erhöhung, die aber nur das ausgleicht, was ihnen abhandengekommen ist durch die Brandschutzauflagen. Da sie die Einnahmen nicht mehr generieren können, um das auszugleichen, bitten wir darum, dass dieser Antrag auf institutionelle Erhöhung, diese 12.000 Euro, heute beschlossen wird. Sonst haben die ein Defizit, das sie im Jahr 2021 gar nicht ausgleichen können.

Der Vorsitzende: Wir springen jetzt zum Teil schon sehr weit nach vorne. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir bis einschließlich Ordnungsziffer 123 alles über die Bühne bringen, weil das die ganzen Themen sind, die eben aufgerufen wurden.

Wir haben zum Teil das Problem, dass Sie für das Jahr 2021 eine einmalige Nothilfe beantragt haben. Es gibt dann noch Anträge, die eine institutionelle Förderung oder Steigerung begehren. Insofern versuche ich jetzt, die Dinge etwas zusammenzufassen. Wir sind jetzt bei der Marotte. Einmal gibt es den FDP-Antrag auf einmalig 19.000 Euro. Und es gibt unter Ordnungsziffer 111 und 112 noch jeweils institutionelle Anträge mit 12.000 Euro beziehungsweise 40.000 Euro.

Wenn Sie mir einfach zugestehen, dass wir jetzt trotzdem in der Reihenfolge der Ordnungsziffern bleiben - denn sonst werden wir alle völlig durcheinander -, würde ich jetzt erst einmal diese 19.000 Euro Nothilfe aufrufen, die von der FDP beantragt wurden. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann kommen wir zu den ganzen Cantus Juvenum-Nothilfeanträgen.

Antrag 107 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Cantus Juvenum: Institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)

Antrag 108 (Seite 210): Nothilfe – Existenzförderung: Finanzielle Nothilfe für den Cantus Juvenum (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 109 (Seite 210): Nothilfe – Existenzsicherung: Förderung des Kinder- und Jugendchores „Cantus Juvenum“ (Cantus Juvenum Karlsruhe e. V.)

Unter Ziffer 122 gibt es dann noch einmal die institutionelle Förderung. Wir machen es jetzt trotzdem so, dass ich diese drei Anträge zusammennehme: Existenzsicherung Nothilfe 30.000 Euro. Der Vorschlag war, es mit einem Sperrvermerk zu versehen, wie Herr Dr. Käuflein vorgeschlagen hat. Ist damit alles klar soweit? Land und Kirche war noch einmal der Wunsch. Sind die Antragsteller alle einverstanden?

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Der Antrag auf 30.000 Euro, den wir gemeinsam gestellt haben, soll keine institutionelle Förderung sein, Kollegin Ernemann hat das schon gesagt, und auch mein Kollege Markus Schmidt hat es in seinen Ausführungen betont, sondern eine einmalige Förderung, die künftig nicht mehr so notwendig sein wird, weil Cantus Juvenum sich bislang sehr gut finanzieren konnte. Von daher bitten wir, dass das berücksichtigt wird bei der Abstimmung.

Der Vorsitzende: Ich hatte die Ordnungsziffer 107, 108, 109 als einmalige Nothilfe 30.000 Euro aufgerufen, versehen mit einem Sperrvermerk pro Finanzierung Land und Kirche. Da war die Frage an die Antragsteller, ob dieser Sperrvermerk für alle Antragsteller okay ist oder nicht.

(Zuruf)

- Ohne Sperrvermerk! Gut, dann rufe ich den Antrag der GRÜNE und der SPD auf. Wie ist es bei den Antragstellern KAL/Die PARTEI und DIE LINKE.? Mit oder ohne Sperrvermerk? – Auch ohne.

Dann rufe ich die Anträge Nrn. 107, 108 und 109 ohne Sperrvermerk auf, als einmalige Nothilfe – das ist der weitestgehende Antrag.

(Zurufe)

- Jetzt lassen Sie mich einfach einmal abstimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir würden dann einen Ergänzungsantrag stellen, mit Sperrvermerk.

Der Vorsitzende: Das habe ich verstanden. Der weitestgehende Antrag ist erst einmal ohne Sperrvermerk. Das sind die Anträge 107, 108 und 109. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Gut, der hat schon eine **Mehrheit**. Dann brauchen wir jetzt nicht mit Sperrvermerk noch einmal abstimmen.

Antrag 110 (Seite 216): Nothilfe – Existenzsicherung: Finanzielle Nothilfe SAU e. V. (FDP)

Antrag 123 (Seite 216): Karlsruhe braucht Kultur – Institutionelle Förderung für Subculture and Underground (SAU) e. V. (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Sie haben schon verwiesen, Herr Haug, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, auf Antrag Nr. 123, wo Sie auch statt der 65.000 Euro auf die 20.000 gehen würden, wenn ich es richtig verstanden habe. Aber dann als institutionellen Zuschuss.

Dann würde ich jetzt den institutionellen Zuschuss für SAU e. V., 20.000 Euro pro Jahr, als weitestgehenden Antrag zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit hat sich der FDP-Antrag auf einmalig 20.000 Euro **erledigt**.

Antrag 111 (Seite 210): Marotte Figurentheater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)

Antrag 112 (Seite 210): Marotte Figurentheater: Erhöhung institutionelle Förderung (Marotte Figurentheater Karlsruhe)

Da haben wir einmal diese 12.000 Euro pro Jahr und einmal die 40.000 Euro pro Jahr. Dann würde ich den weitergehenden Antrag, das ist die Ordnungsziffer 112, der ist von der Marotte selber gestellt worden, auf 40.000 Euro im Jahr Erhöhung institutionell, zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum Antrag der GRÜNE und der SPD, Marotte Figurentheater. Das ist die Ordnungsziffer 111, Erhöhung institutionelle Förderung um jährlich 12.000 Euro.

Stadtrat Hofmann (CDU): Hier hatte ich meinen Wortbeitrag dahingehend, dass wir dies grundsätzlich unterstützen, aber dass wir das jetzt vielleicht nur für dieses eine Jahr beschließen, und dass wir uns trotzdem noch einmal mit der ganzen Sache befassen. Die Kollegin Rastätter hat es gesagt, natürlich ist die Problematik da, aber dass wir das in den nächsten Doppelhaushalt mit hineinnehmen. Denn es ist wiederum die Problematik nicht gelöst. Klar ist es in dem Fall bei der Marotte mit der Sitzreihe, mit dem Ganzen, dass wir noch einmal das Ganze mit hineinnehmen, aber die Verwaltung schon bitten, dies entsprechend auch mitaufzunehmen für die nächsten Jahre.

Der Vorsitzende: Sie schlagen quasi den GRÜNEN und der SPD vor, ihren Antrag zu ändern. Ich habe jetzt nicht verstanden, dass der geändert wurde.

(Zurufe)

- Ich habe es hier anders stehen.

Ich rufe jetzt die Ordnungsziffer 111 auf, 12.000 Euro Erhöhung jedes Jahr. Dann können wir noch einmal über 12.000 Euro für ein Jahr abstimmen. Das können wir alles gerne machen. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. Das ist der Antrag Nr. 111. – Das ist eine **Zustimmung**. Das heißt, institutionell 12.000 Euro jedes Jahr fortlaufend.

Antrag 113 (Seite 210): Jakobus-Theater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD)
Antrag 114 (Seite 210): Jakobus-Theater: Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE, SPD, Jakobus-Theater)

Da bitte ich Sie gleich um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 115 (Seite 210): Erhöhung Zuschuss für „Tiyatro Diyalog Karlsruhe e. V.“ (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Wenn ich das richtig verstehe, ist das auch institutionell. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum Werkraum. Da gibt es drei Anträge.

Antrag 116 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe (FDP)

Ich bitte hier um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 117 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe e. V. – Einmaliger Betriebskostenzuschuss (GRÜNE)

Antrag 118 (Seite 210): Werkraum Karlsruhe e. V. – Einmaliger Betriebskostenzuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Auch da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 119 (Seite 210): Badisches Staatstheater – Zuschüsse auf Stand 2019 einfrieren (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir sind für das Badische Staatstheater. Es ist uns wichtig, dass es attraktiv ist, dass es gut floriert, dass es angenommen wird. Wir hatten aber gesehen, dass Stellen aufgebaut wurden, hochdotierte Stellen. Es geht hier nicht um Tarifgeschichten, sondern es geht um hochdotierte Stellen, wo auch eine Menge Gelder gebunden sind. Es wurden einige Produktionen in den Sand gesetzt, dass wir glauben, eine Kooperation mit anderen Theatern würde deutlich Gelder sparen. Wir haben auch erlebt, dass Künstler teuer eingekauft wurden, wo eigentlich eigene Künstler im Haus gewesen wären, die man hätte einsetzen können. Es gibt jede Menge Einsparpotential. Da wollen wir ran. Deswegen sagen wir, diese Förderung muss eingefroren werden auf den Stand von 2019. Das ist unser Antrag.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zu dieser Idee ist zunächst einmal einerseits zu sagen, sie klappt im Ergebnis nicht. Im Grunde handelt es sich um Personalkostensteigerungen, die man einfach mitmachen muss, nicht nur, weil man im Verbund mit dem Land ist, sondern weil man gegenüber diesem Gesamtpersonal des Badischen Staatstheaters auch in einer Verpflichtung

steht. Von einer Überbezahlung habe ich jetzt aus diesem Bereich noch nichts gehört. Da müssen wir einfach in die Pflicht.

Das andere, Herr Oberbürgermeister, ich erlaube mir jetzt auch gleich, auf Nr. 146 einzugehen, denn da ist die Intention eine ähnliche. Auch da ist es doch so, dass wir lange zugesagt haben, Brandschutzmaßnahmen beispielsweise zu veranlassen und andere Dinge, die mit der Gesamtentwicklung des Theaters nicht in einem Zusammenhang stehen. Da sind wir in der Pflicht. Die müssen wir auch erfüllen. Trotz allem finde ich Ihre Initiative schon deswegen richtig, weil wir an dieser Stelle im Haushalt einfach einmal den Zeigefinger erheben müssen. So kann es insgesamt nicht weitergehen. Es ist völlig richtig, dass dann in Ihren Antragsbegründungen auch auf die Frage der Kostenentwicklung eingegangen wird. Auch die CDU möchte hier innehalten. Wir müssen zurück auf Los. Wir müssen einen Stopp einrichten, was die Baukostenentwicklung angeht. Nur, ich sage es ganz ausdrücklich, es hat mit Ihrer Intention jetzt leider nichts zu tun. Da muss man der Verwaltungsvorlage folgen. Diese Kosten sind da. Die muss die Stadt auch übernehmen.

Der Vorsitzende: Ich würde bitten, dass wir diesen zweiten Teil des Antrags nachher diskutieren. Jetzt geht es erst einmal nur um diese Geschichte, dass wir das auf der Höhe von 2019 einfrieren. Sonst kommen wir nämlich nicht mit unserem Zeitplan hin.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte dazu nur eines anmerken. Das Staatstheater ist jetzt in einer sehr schwierigen Situation, auch mit Blick auf das gesamte Personal. Da besteht eine riesige Unruhe. Die Menschen sind gerade dabei, sich neu aufzustellen, sich zu engagieren und zu schauen, wie es weitergeht. Jetzt hier in die Parade zu fahren und sagen – denn das zielt auf das Personal ab – hier Mittel einzusparen, ist eine ganz falsche Ansage. Inwieweit wir zukünftig im Prozess klären, was wir brauchen und wie es weitergehen kann und wo wir auch sparen können, das steht außer Frage. Aber nicht jetzt auf das Personal zielen. Das lehnen wir aus dem Grund auch ab.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich bin schon etwas verwundert. Wochenlang, monatelang hatten wir hier die Diskussion um das Badische Staatstheater. Wir haben immer wieder die Bedeutung dieses Hauses hervorgehoben, große Solidarität mit den Mitarbeitern und die Wertschätzung des Hauses bekundet. Es geht einfach nicht, dass es immer wieder – das habe ich hier in den Vorlagen gelesen - der böse Bub ist: das Große Haus des Badischen Staatstheaters bekommt zu viel Geld, sie sind verschwenderisch, da müssen wir etwas wegnehmen. Ich weiß nicht, welcher Antrag das war, irgendwo habe ich das gelesen, dass ich beim Badischen Staatstheater kürzen muss und das dann auf die kleinen Kulturinstitutionen verteile, weil die in den letzten Jahren zu schlecht bedacht worden wären. Das stimmt mitnichten. Das Badische Staatstheater hat – das will ich gar nicht ausführen – eine Komplementärfinanzierung Stadt/Land, wo wir in der Verpflichtung sind. Aber diese Diskussion, dass ich das große Badische Staatstheater beäugen muss, dass ich denen etwas wegnehmen muss oder da etwas kürzen muss, um das auf die kleinen zu verteilen, auf diese Diskussion lassen weder ich noch meine Fraktion uns ein.

Stadtrat Høyem (FDP): Unser Badisches Staatstheater ist ein unglaublich wichtiger Standortfaktor für uns und für Baden-Württemberg generell. Wir haben das bisher gemeinsam mit dem Land finanziert. Das sollten wir auch in der Zukunft machen. Es ist richtig, dass wir Probleme haben. Aber wir haben jetzt zum ersten Mal wirklich Versuche gemacht, die Zukunft zu

gestalten. Ich denke, in so einer Zukunftsgestaltung wäre es ein absolut falsches Signal, etwas Rückschrittliches zu machen. Rückschrittlich wäre, wenn wir jetzt die Kosten auf 2019 einfrieren. Also, lasst uns jetzt wirklich ehrlich dem Badischen Staatstheater eine Zukunftsmöglichkeit geben. Wir haben jetzt die Instrumente. Wir sind in vollem Gange, das zu machen. Ich denke, dass man realistisch Optimist werden kann.

Der Vorsitzende: Dann können wir jetzt den Antrag zur Abstimmung stellen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Nur ganz kurz. Ich wollte noch darauf hinweisen, wen denn diese Kürzung treffen würde. Es würde das künstlerische Personal im Staatstheater treffen, die jetzt schon an ihren Grenzen sind, weil sie unglaublich viele Vorführungen machen müssen und das Geld immer weiter gekürzt wurde. Man hatte vor 20 Jahren noch 30 Schauspieler*innen. Jetzt sind wir bei 19. Die Vorstellungen sind nicht weniger geworden. Das muss man sich hierbei immer bewusst machen. Das Ensemble wird immer jünger, weil man die alten Leute nicht mehr bezahlen kann. Deswegen finde ich das sehr unverantwortlich.

Stadtrat Kalmbach (FWFÜR): Nur zur Korrektur. Sie haben mir nicht zugehört. Es ging nicht um die tarifgebundenen oder anderen Verträge. Ich habe von hochdotierten Stellen gesprochen, die gemehrt wurden in den letzten Jahren. Es ging um viele verschiedene andere Punkte. Die hatte ich angeführt.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle unter Ordnungsziffer 119 den Antrag FW|FÜR Badisches Staatstheater, Zuschüsse einfrieren zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 120 (Seite 210): Diapason: Erhöhung der institutionellen Förderung (DIE LINKE.)

Antrag 121 (Seite 210): Diapason: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Der weitergehende Antrag ist der der LINKE. auf jährlich 16.000 Euro institutionelle Förderung. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der GRÜNE, 8.500 Euro.

Stadträtin Ernemann (SPD): Die SPD wollte einen mündlichen Änderungsantrag von 8.500 Euro auf 5.000 Euro stellen.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir erst einmal den Antrag der GRÜNE. Das sind 8.500 Euro. Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung. – Das ist wiederum eine **Ablehnung**.

Ich habe es jetzt nicht als Änderungsantrag verstanden, sondern als ergänzenden Antrag. Es gibt jetzt den Antrag über 5.000 Euro institutionelle Förderung im Jahr zusätzlich. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist jetzt **mehrheitlich angenommen**.

Antrag 122 (Seite 210): Institutionelle Förderung des Kinder- und Jugendchores „Cantus Juvenum“ (Badisches Staatstheater)

Da haben wir schon eine einmalige Sache von 30.000 Euro beschlossen. Jetzt geht es darum, dass das fortlaufend gemacht wird. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Auf der **Seite 210** ist darüber hinaus über die 2. Veränderungsliste die Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses an das Badische Staatstheater, da gibt es einen Sperrvermerk. Das hat etwas mit der anschließend im nächsten Jahr erfolgenden Diskussion über Sanierung zu tun. Das heißt, wir würden es jetzt aufnehmen, aber mit einem Sperrvermerk versehen und erst dann öffnen, wenn wir das noch einmal miteinander geklärt haben.

Dann darf ich auf der **Seite 214** mitteilen, dass über die 1. Veränderungsliste zur Volkshochschule Mietkostenersatz mit Sperrvermerk eingeflossen sind. Voraussetzung für die Aufhebung des Sperrvermerks ist die Untersuchung und Umsetzung des im Rahmen der Organisationsuntersuchung erstellten 12-Punkte-Programm.

Unter der **Ordnungsziffer 123** gab es einen Antrag von KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. zum SAU e. V. Dem haben Sie schon mit reduziertem Betrag zugestimmt.

Dann machen wir an dieser Stelle jetzt Schluss und sehen uns in einer Stunde wieder. Das ist dann um 14:35 Uhr. Gute Mittagspause!

(Unterbrechung der Sitzung von 13:35 Uhr bis 14:40 Uhr)

Der Vorsitzende: Ich darf Sie bitten, sich wieder auf Ihre Plätze zu begeben und auf die Papiere zu konzentrieren.

Bevor wir in die weitere Beratung einsteigen, hätte ich noch eine kurze Rückfrage. Ist es für die Mehrheit im Haus in Ordnung, dass wir die Gemeinderatssitzung in einer Woche wieder im Bürgersaal machen, oder legen Sie Wert darauf, dass wir in die Gartenhalle gehen?

(Zurufe)

Es gibt hier sehr viel Zuspruch für die Gartenhalle. Dann würden wir das so in die Wege leiten, Herr Wiederkehr. Dann können wir das so machen.

Wir waren zuletzt auf der Seite 216 und würden den Kulturhaushaltsplan jetzt fertig machen und dann mit Umwelt und Arbeit beginnen.

Lfd. Nr. 7 Liste Finanzierungsvorbehalt: Verschiebung der EKT von 2020 nach 2021; Gegenfinanzierung durch die nach 2022 verschobenen Wochen gegen Rassismus

Lfd. Nr. 8 Liste Finanzierungsvorbehalt: Verschiebung der Wochen gegen Rassismus von 2021 nach 2022, dadurch freiwerdende HH-Mittel sollen für die EKT 2021 verwendet werden

Antrag 124 (Seite 216): Wochen gegen Rassismus: Durchführung 2021 (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich kann an dieser Stelle sagen, dass wir diese Gegenrechnung nicht mitgehen können. Wir haben schon den Rhythmus für die Tage gegen Rassismus

vor ein paar Jahren auf alle zwei Jahre geschoben. Jetzt noch einmal ein Jahr zu verschieben, geht für uns nicht in Ordnung. Vor allem nicht, wenn wir uns überlegen, auf was für ein Jahr wir zurückschauen. Ich will nur an die Anschläge in Hanau erinnern, aber auch in Halle im letzten Jahr. Wir brauchen mehr denn je eine starke Stimme gegen Rassismus. Das hat auch unsere Zivilgesellschaft gezeigt, dass sie laut ist und auch laut sein möchte. Deswegen sehen wir es nicht als Manko an, dass das Kulturamt nächstes Jahr nicht in der Lage sein wird, es personell zu stemmen, sondern wir wollen gerne diese Organisation und Durchführung ganz in die Hände der Zivilgesellschaft nehmen. Wir sind im Grunde quasi einer Woche gegen Rassismus von einer wachen Zivilgesellschaft für eine wache Zivilgesellschaft.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir würden es mit der Verwaltung halten und auch durchaus eine Verschiebung mittragen. Die Durchführung war nicht möglich. Wir wissen nicht, wie sich das Ganze noch entwickelt. Daher würden wir bei den jetzigen Plänen verbleiben wollen.

Stadtrat Zeh (SPD): Auch die SPD-Fraktion war überrascht von dieser Verschiebung, die wohl nur im Kulturamt abgesprochen wurde. Wir werden es nicht so einfach mitgehen. Selbstverständlich, Frau Dogan hat Recht, wir wissen nicht, was im März 2021 ist. Aber die Vorbereitung für die Wochen gegen Rassismus waren eigentlich gelaufen. Daher würden wir dem Antrag der KAL/Die PARTEI, die Wochen gegen Rassismus mit 75.000 Euro in den Haushalt einzustellen, mitgehen, wenn auch mit Sperrvermerk, weil schon klar ist, dass das Kulturamt nicht beide Veranstaltungen gleichzeitig organisieren kann. Es kann natürlich sein, dass eine Organisationsform gefunden wird, die auf externer Basis läuft. Daher gehen wir den Antrag so mit und stellen die 75.000 Euro mit Sperrvermerk ein. Klar ist auch, die Europäischen Kulturtage haben auch ihre Berechtigung. Aber so einfach wollen wir nicht auf die Wochen gegen Rassismus 2021 verzichten.

Stadtrat Schnell (AfD): Da der Antrag der KAL/Die PARTEI und unser Antrag getrennt behandelt werden, spreche ich jetzt nur zum Antrag der KAL/DIE PARTEI. Wir gehen mit der Stellungnahme der Verwaltung mit und sehen keine Möglichkeit, das dieses Jahr finanziell zu unterstützen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Ich kann für beide Antragsteller sprechen. Wir würden dem Anliegen der SPD entsprechend und den Sperrvermerk mitaufnehmen. Das macht an der Stelle Sinn.

Der Vorsitzende: Ich will Ihnen noch einmal kurz erläutern, wie ich das verstanden hatte, dass wir nämlich die Europäischen Kulturtage von 2020 auf 2021 verschieben wegen Undurchführbarkeit, das entsprechende Programm einfach ein Jahr später machen, und sich damit die Wochen gegen Rassismus auch um ein Jahr verschieben. Was bedeutet, dass im Jahr 2021 nicht durch die Stadtverwaltung die Wochen gegen Rassismus durchgeführt werden, sondern durch das Zivilgesellschaftliche Bündnis. Das Zivilgesellschaftliche Bündnis hatte bisher deutlich geringeren Aufwand und ist gegenfinanziert worden, als wenn es die Stadtverwaltung als städtische Wochen gegen Rassismus selbst durchführt.

Jetzt verstehe ich Ihren Antrag so, dass Sie sagen, Europäische Kulturtage ist okay in 2021. Aber Sie möchten zusätzlich auch die Wochen gegen Rassismus in einem höheren Umfang gefördert haben. Wir hatten übrigens ausgemacht mit der Zivilgesellschaft, dass wir 20.000

bis 25.000 Euro bereitstellen. Aber Sie begehren jetzt, dass wir 75.000 Euro dafür bereitstellen. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Genau richtig. Unser Signal aus der Zivilgesellschaft war etwas anders als die 25.000 Euro. Es waren tatsächlich diese 75.000 Euro. Wir müssen noch einmal im Detail diskutieren, was das Kulturamt überhaupt leisten kann, und dass nicht alles über die Zivilgesellschaft abgedeckt werden kann an Personalaufwendungen.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Das können Sie so beschließen. Da sind Sie völlig frei. Die klare Aussage ist, was das Kulturamt von der Kapazität her leisten kann und was nicht. Das will ich noch einmal in Erinnerung rufen und die Frage aufwerfen, ob Sie dann in Zukunft wieder auf den alternierenden Rhythmus zurückkommen wollen, also im jährlichen Wechsel diese beiden Veranstaltungen. Denn jetzt fallen sie in ein Jahr, in 2021, wenn Sie das so mehrheitlich beschließen. Was ist dann 2022 ff.? Denn dieser Rhythmus hat nicht nur was die Kapazität der Durchführung angeht, sondern auch inhaltlich einen gewissen Sinn.

Der Vorsitzende: Es gibt zum Thema Wochen gegen Rassismus sowieso eine neue Diskussion. Inwieweit soll die Stadt das tun und inwieweit sollen die zivilgesellschaftlichen Gruppen das tun? Es gibt aus diesen Überlegungen heraus auch eine Teilbegründung für die Forderung, einen eigenen Antirassismusbeauftragten zu benennen. Das hat nicht nur etwas mit der Beschwerdestelle zu tun, sondern hat auch etwas damit zu tun, diese Veranstaltungsreihe vorzubereiten. So habe ich zumindest den einen Brief aus diesem Bündnis verstanden.

Insofern, Herr Dr. Käuflein, wir müssen diese Frage beantworten. Aber ich würde das gerne anschließend in Ruhe mit den ganzen Gruppen tun. Heute entscheiden wir erst einmal für 2021. Da ist die Idee, dass wir 75.000 Euro statt der 25.000 Euro in den Haushalt einstellen. Wir würden aber einen Sperrvermerk dran machen, damit man sich noch einmal über Programm usw. unterhalten kann. So habe ich das jetzt verstanden. Alles andere müssen wir in der Tat relativ zügig klären. Ich hatte dem Bündnis, das mich angeschrieben hat, zugesagt, dass wir uns in den ersten Monaten des neuen Jahres damit beschäftigen. Da müssen wir dann solche Geschichten endgültig klären.

Dann gibt es jetzt nur den einen Antrag abzustimmen. Der AfD-Antrag kommt dann noch. Der Antrag, der diese 75.000 Euro für die Wochen gegen Rassismus im Jahr 2021 begehrt. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Annahme**.

Antrag 125 (Seite 216): Wochen gegen Rassismus (AfD)

Wollen die Antragsteller noch etwas dazu sagen?

Stadtrat Dr. Schnell (AfD): Das Wesentliche ist schon in der Antragsbegründung genannt. Wir haben den Eindruck, dass die Wochen gegen Rassismus auch parteipolitisch genutzt werden, insbesondere gegen die AfD mobil zu machen. Die Stadt hat in ihrer Antwort zwar ganz klar gesagt, dass sie parteipolitisch neutral ist, aber keinen Einfluss auf die Mitorganisatoren nehmen kann und will. Da sich unter denen auch welche befinden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden und wir nächstes Jahr im März - da würden die sehr gut hineinpassen – eine Landtagswahl haben und im Herbst eine Bundestagswahl, haben wir schwere Bedenken, diese Wochen gegen Rassismus durchzuführen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Befürchtungen meines Vorredners sind nicht berechtigt. In der Vergangenheit haben die Gruppen, die die Programme und Veranstaltungen gemacht haben, ihre Schwerpunkte gesetzt, aber sicher nicht Ihre Partei als Schwerpunkt gehabt. Da geht es um ganz andere Themen. Von daher brauchen Sie sich keine Sorgen machen. Auch der Gemeinderat muss nicht meinen, dass es jetzt parteipolitisch irgendetwas gegen die AfD oder wen auch immer gibt, sondern es geht um etwas ganz anderes. Es geht um eine grundsätzliche Aufklärung, auch über die Arbeit, die das ganze Jahr über gemacht wird, die in den einzelnen Veranstaltungen manifestiert wird. Darum geht es.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir den Antrag der AfD, der sich aus meiner Sicht fast erledigt hat. Aber wir können ihn gerne noch einmal aufrufen. Denn die 75.000 Euro wurden gerade eingestellt. Jetzt macht es wenig Sinn zu beantragen, sie wieder herauszunehmen. Das war mir nicht so klar, sonst hätte ich die beiden Anträge zusammen aufgerufen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das hat mich auch gewundert. Die Abstimmung ist schon gelaufen. Deswegen macht es keinen Sinn, jetzt noch einmal abzustimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur noch darauf hinweisen, die Wochen gegen Rassismus nächstes Jahr beginnen am 15. März und damit genau einen Tag nach der Landtagswahl.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich wollte nur sagen, auf der Website der Stadt steht, dass die Wochen gegen Rassismus am 12. März beginnen. Vielleicht ist das falsch. Das wäre schon noch vor der Landtagswahl.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis. Bei mir im Kalender steht es anders. Dann müssen wir das noch abgleichen.

Antrag 126 (Seite 216): Haus der Heimat (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Den Antrag haben wir zugegebenermaßen letzten Jahr schon einmal gestellt, einfach weil der Bedarf im Haus der Heimat da ist. Jetzt bin ich gespannt, ob, wie beim letzten Mal, wieder gesagt wird, der Bedarf ist nicht da. Nach den uns vorliegenden Informationen besteht der Bedarf. Das Haus der Heimat ist eine wichtige Anlaufstelle für die ganzen Vereine, die sich dort treffen, und sollte auf alle Fälle erhalten bleiben. Deswegen bitten wir um Unterstützung für diesen Antrag.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 127 (Seite 216): Brauchtum, Heimatpflege (AfD)

Gibt es von den Antragstellern dazu Ausführungen? – Gibt es nicht, dann können wir gleich darüber abstimmen. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 128 (Seite 216): Fastnachtsumzüge (AfD)

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): An der Stelle vielen Dank für die Verwaltungsantwort, aus der ganz klar hervorgeht, dass nach dem Anschlag auf den Breitscheidplatz einfach ein höherer finanzieller Bedarf besteht, um solche Umzüge zu schützen. Wir gehen jetzt davon aus, dass bis zum Fasching wieder alles normal ist. Das würde bedeuten, dass wir diesen Mehraufwand haben bei den Fastnachtsumzügen. Deswegen bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 129 (Seite 216): Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich folge in dem Fall der Verwaltungsvorlage, die vorschlägt, das erst einmal konzeptionell zu diskutieren.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich wollte das Anliegen sehr unterstützen. Das war genau auch unser Ziel, dass wir das im Kulturausschuss konzeptionell untersuchen. Denn das Anliegen ist sehr berechtigt. Inhaltlich können wir dann diskutieren. Deshalb verzichte ich jetzt auf inhaltliche Ausführungen dazu.

Stadtrat Høyem: Ich wollte nur mein Kompliment wiederholen. Das ist sehr schön, unseren Gemeinderat als Ausstellung für Ideologie zu benutzen, und dann einen Antrag zu stellen, das zurückzunehmen. Dann haben die Medien das mitbekommen. Alle haben das mitbekommen. Es ist eine intelligente Strategie.

Der Vorsitzende: Wenn vollständig berichtet wird, kommen alle vor. Dann sehen wir einmal.

- Erledigt

Antrag 130 (Seite 216): BBK – Erhöhung der institutionellen Förderung (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 131 (Seite 216): BBK – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Auch das können wir relativ kurz machen. Der BBK hat eine langjährige wunderbare Tradition und ist im Grunde schon immer die Interessensvertretung der Bildenden Künstler*innen gewesen. Allerdings ist in den letzten Jahren – man kann schon sagen, in den letzten 20 Jahren – ein Rückgang zu verzeichnen gewesen. Das junge Team – Frau Kollegin Göttel hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – hat sich jetzt komplett neu ausgerichtet und eine neue Konzeption entwickelt, das für die jungen Künstler*innen wieder eine Heimat bieten kann im BBK. Das Anliegen ist zu unterstützen. Von daher haben wir allerdings eine moderate Erhöhung beantragt, die als Einstieg sinnvoll wäre. Wir würden dann dem weitergehenden Antrag nicht zustimmen, sondern bei unserem Antrag bleiben. Von daher kommt übrigens auch die Debatte über die Ausstellungsvergütung, die dort geführt wird und inhaltlich – wie gesagt – berechtigt ist. Aber alles Weitere im Kulturausschuss.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich muss mich korrigieren, dass Sie uns mitgeteilt haben, dass diese 18.000 Euro dann jedes Jahr fließen sollen. Es geht in beiden Fällen um einen institutionellen Zuschuss.

Stadtrat Hofmann (CDU): Da müssen wir doch noch einmal etwas sagen: Wir würden das erst einmal unter dem Stichwort „Corona-Förderung“ für ein Jahr mitgehen und dann in den neuen Haushalt mitaufnehmen, dass wir im neuen Doppelhaushalt das Ganze so, wie wir vorhin gesagt haben, mitgehen. Die mehrjährige würden wir auf jeden Fall nicht mitgehen. Von daher bitte das auch noch abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann fange ich mit dem weitestgehenden Antrag an. Das ist der mit 70.000 Euro pro Jahr und institutionell. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich auf den Antrag der GRÜNEN, 18.000 Euro institutionell jedes Jahr. – Das ist schon eine **Mehrheit**. Dann hat sich der andere Antrag erledigt.

Antrag 132 (Seite 216): Institutionelle Förderung Badischer Kunstverein (GRÜNE)

Antrag 133 (Seite 216): Institutionelle Förderung Badischer Kunstverein (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 134 (Seite 216): Badischer Kunstverein (SPD)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Nur in Kurzform. Der Badische Kunstverein hat über viele Jahre hinweg keine Erhöhung der institutionellen Förderung bekommen. Er hat zwar für das Jubiläum im letzten Jahr Mittel bekommen. Aber die waren nur bezogen auf die Jubiläumsveranstaltungen. Daher ist es berechtigt, da es sich um eine außerordentlich innovative Kultureinrichtung handelt mit einer großen Ausstrahlungswirkung weit über die Stadt hinaus, vor allem auch für Innovationen in der Kunst, in der disziplinären Kunst, Frauenkunst usw. Von daher finden wir, dass es angemessen ist, diese hochkarätige Einrichtung entsprechend institutionell zu fördern mit dem Betrag, den wir beantragt haben.

Stadträtin Ernemann (SPD): Auch wir schätzen außerordentlich die Arbeit des Badischen Kunstvereins. Aber in Anbetracht der Finanzlage beschränken wir es auf einen einmaligen Betrag von 25.000 Euro und werden dann im Laufe des nächsten Doppelhaushalts erneut entscheiden.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir würden auch nur den einmaligen Zuschuss aufgrund der corona-bedingten Situation, und dass dadurch viele Veranstaltungseinnahmen nicht generiert werden konnten, mitgehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Es ist richtig, beim Badischen Kunstverein gibt es immer wieder spannende Ausstellungen, zu denen ich gerne gehe. Aber aufgrund der Finanzsituation muss ich sagen, wir sollten im Augenblick das Bestreben haben, das, was wir haben, zu erhalten. Neu und mehr ist im Augenblick einfach nicht drin. Für die corona-bedingten Ausfälle haben wir einen Rettungsschirm der Stadt, der greift, wenn andere Zuschüsse vom Land oder Bund nicht oder nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Deshalb werden wir diesen Anträgen nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich die beiden weitergehenden Anträge zur Abstimmung, einmal unter Nr. 132 GRÜNE, einmal unter Nr. 133 KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., jeweils eine Erhöhung um 25.000 Euro institutionell. – Das ist **keine Mehrheit**.

Dann kommt als nächstes der Antrag der SPD unter Ordnungsziffer 134, ein einmaliger Zuschuss von 25.000 Euro. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Antrag 135 (Seite 216): Gedok e. V.: Erhöhung der institutionellen Förderung (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 136 (Seite 216): Gedok e. V.: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Es handelt sich um ähnlich lautende Anträge mit unterschiedlichen Beträgen.

Gibt es Gesprächsbedarf? – Das ist nicht Fall. Dann rufe ich erst den weitergehenden Antrag auf. Da geht es um die Erhöhung um 12.100 Euro institutionell. Das ist der Antrag der KAL/Die PARTEI und DIE LINKE. – Das ist **Ablehnung**.

Dann gibt es den Antrag der GRÜNE um die Erhöhung der institutionellen Förderung von 8.500 Euro, auch jährlich. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**.

Antrag 137 (Seite 216): DAV Deutsch-Afrikanischer Verein Karlsruhe: Zuschuss für Büro- kraft und Projektmanagement (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Kurz zur Erläuterung. Der Deutsch-Afrikanische Verein steht noch auf der Migrationsliste vom Büro für Integration mit einem Antrag auf Übernahme von institutioneller Förderung. Dem würden wir zustimmen, aber diesem Antrag separat nicht. Das gleiche betrifft übrigens auch einen anderen Punkt. Deshalb würden wir jetzt den hier ablehnen, aber auf der Migrationsliste zustimmen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 138 (Seite 216): Centre Culturel Franco-Allemande (CCFA): Defizitausgleich (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 139 (Seite 216): Stiftung Centre Culturel Franco-Allemande Karlsruhe (FDP)

Antrag 140 (Seite 216): CCFA: Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es jetzt Kaffeesatz-Leserei, was am weitestgehenden ist. Fangen wir einmal mit Antrag Nr. 138 an, einmalig 90.000 Euro. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann rufe ich den FDP-Antrag auf, einmalig 35.000 Euro. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

Dann kommt der Antrag der GRÜNE auf eine zusätzliche jährliche institutionelle Förderung von 10.000 Euro.

(Zuruf **Stadträtin Rastätter/GRÜNE**)

- Ich verstehe kein Wort. Herr Löffler hat mir gerade signalisiert, jedes Jahr. Dann müssten Sie sich jetzt einigen.

(Weitere Zurufe)

- Ich habe jetzt die Lösung nicht verstanden.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der Antrag lautete: Erhöhung der institutionellen Förderung. Das war im ursprünglichen Antrag, den wir gestellt hatten, nicht korrekt ausgewiesen. Deswegen die Verwirrung. Der Antrag gibt das aber her.

Der Vorsitzende: Dass es jährlich ist? So haben wir es auch verstanden. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Antrag 141 (Seite 216): Nachtkultur weiterentwickeln: Stelle des/der Nachtbürgermeister*in schaffen (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir wollten kurz auf die Antwort der Verwaltung eingehen. Da steht richtigerweise – das wurde hineinkopiert – die damalige Antwort der Verwaltung darauf. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass sogar in dem verabschiedeten Sicherheitskonzept das Thema Nachtbürgermeister nochmals aufgegriffen wurde. Ich glaube, das passt auch in die Antwort der Verwaltung mit hinein. Ich glaube, dass gerade, wenn Corona irgendwann einmal abflacht und die Kultur wieder anlaufen wird, wir eine massive Zunahme von Beschwerden seitens der Bürgerschaft erleben werden, weil die Menschen gar nicht mehr gewöhnt sind, wieviel Lärm tatsächlich in einer Stadt entsteht. Deshalb glauben wir weiterhin, dass der Nachtbürgermeister auch zum jetzigen Zeitpunkt Sinn macht, um genau dort vorzubeugen, so dass wir nicht im Herbst alle 10.000 Mails bekommen von Anwohnern, dass es Lärmprobleme gibt. Deshalb bleiben wir weiterhin bei dem Antrag.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich habe nur eine Anmerkung. Herr Bimmerle, haben Sie eigentlich Respekt vor Gemeinderatsbeschlüssen? Vor einem Jahr hat der Gemeinderat beschlossen, dass wir keinen Nachtbürgermeister wollen. Was in anderen Städten gut ist, heißt noch lange nicht, dass es auch für Karlsruhe gut ist. Ich halte mich an Gemeinderatsbeschlüsse. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Sinneswandel innerhalb eines halben Jahres bei den Gemeinderatsmitgliedern jetzt eingetreten ist. Wir haben am 18. Februar beschlossen und diesen Antrag abgelehnt. Jetzt kommen Sie in der zweiten Etappe noch einmal mit der Begründung, dass Corona die Situation verändert hat. Das finde ich schon etwas sehr an den Haaren herbeigezogen.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Frau Kollegin Ernemann, der Antrag wurde nicht abgelehnt, sondern wir haben das im Rahmen einer Anfrage zum ganzen Thema Nachtkultur gemacht. Wir sind überein gekommen mit der Verwaltung, dass die Verwaltung mit den Clubbesitzern diese Diskussion führt. Da gab es eine Überlegung, wie wir weiter vorgehen. Das ist kein Antrag, der abgelehnt wurde. Es war auch damals kein Antrag zur Stellenschaffung, sondern eine Überprüfung. Ich glaube, da sollten wir dann doch bei der Wahrheit bleiben.

Der Vorsitzende: Das steht jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 142 (Seite 216): Mieterlass(-zuschuss) Majolika in Summe von 150.000 Euro (KAL/Die PARTEI)

Antrag 143 (Seite 216): Zusätzliche Kulturförderung Majolika (Staatliche Majolikamanufaktur Karlsruhe)

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Antragsteller möchten ihren Antrag modifizieren, und zwar den eingestellten Betrag. Wir möchte jetzt, dass 75.000 Euro mit Sperrvermerk eingestellt werden. Es tut sich jetzt etwas bei der Majolika. Ich denke, mit Sperrvermerk vergeben wir uns nichts. Wie bei der letzten Zustimmung muss ganz klar sein, dass die Verwaltung und der Gemeinderat sehen, dass das Konzept greift. Erst dann würde dieser Betrag freigegeben. Von daher bitte ich um ein starkes Votum.

Der Vorsitzende: Wenn ich das richtig verstehe, stehen 150.000 Euro mit Sperrvermerk schon drin. Sie wollen jetzt zusätzlich noch 75.000 Euro mit Sperrvermerk und zwar jährlich. Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen.

(Zuruf)

- Einmalig! Gut. Also, noch einmal, wir haben 150.000 Euro mit Sperrvermerk schon drin stehen. Sie wünschen noch einmal einmalig 75.000 Euro zusätzlich, aber auch mit Sperrvermerk. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Dann hat aber irgendjemand 150.000 Euro zusätzlich gefordert, statt 75.000 Euro. Dann muss ich das zuerst aufrufen. Das ist die Ordnungsziffer 143. Ich rufe auf, einmalig 150.000 Euro zusätzlich zu den 150.000 Euro, die schon drin stehen, für die Majolika. Das nehmen wir alles unter Sperrvermerk, das ist klar. Denn, wenn wir die eine Hälfte unter Sperrvermerk nehmen, nehmen wir das andere auch. Da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das wird **abgelehnt**.

Jetzt kommt der modifizierte Antrag der KAL/Die PARTEI 75.000 Euro mit Sperrvermerk zusätzlich auf 150.000 Euro, die schon drin stehen, einmalig. Da bitte ich Sie jetzt auch um Ihr Votum. – Das ist eine **Zustimmung**.

Damit stehen dann 225.000 Euro mit Sperrvermerk drin. Diesen Sperrvermerk haben wir über die 1. Veränderungsliste aufgenommen. Das entspricht der Beschlusslage von Ihnen vom 28. Juli., dass erst ein Konzept vorliegen muss, bevor man an die Auszahlung dieses Zuschusses denkt.

Desgleichen haben wir über die 1. Veränderungsliste 50 % Ersatz für Personalaufwendungen für zwei Stellen Digitalmanagement am ZKM aufgenommen. Das hat etwas mit einem Landesförderprogramm zu tun, das wir an der Stelle zur Umsetzung bringen wollten.

Ebenfalls auf der **Seite 216** über die 2. Veränderungsliste gibt es eine Aufwandsreduzierung. Da geht es um den Tanzpakt Stadt – Land – Bund. Da ist etwas ausgefallen. Deswegen ist das noch einmal verändert worden.

Wir kommen damit auf die **Seite 221**. Da sind über die Veränderungsliste einmal der Ortsverwaltung Grötzingen für Kunstwerke und Stelen und dem Stadtamt Durlach für den Erwerb von Kunstwerken noch entsprechende Mittel bereitgestellt worden.

Lfd. Nr. 6 Liste Finanzierungsvorbehalt: Stele Leibgrenadier-Denkmal am Europaplatz (Seite 221)

Wir haben auf der Seite 221 auch noch eine zurückgehaltene Entscheidung zum Thema Lebtgrenadierdenkmal am Europaplatz. Da weiß ich jetzt nicht genau warum. Wegen der 5.000 Euro? – Okay. Da gibt es eine Beschlussvorlage aus dem Kulturausschuss. Da geht es um den Textvorschlag für die Stele. Da das Ganze 5.000 Euro kostet, ist es jetzt hier in den Haushaltsberatungen gelandet. Das würde ich jetzt gerne zur Abstimmung stellen. – Das ist **mehrheitlich beschlossen**.

Antrag 144 (Seite 222): Investitionszuschuss Kinemathek (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 145 (Seite 222): Investitionszuschuss Kinemathek (GRÜNE, SPD)

Gibt es Wortmeldungen? – Dann würde ich den weitergehenden Antrag, das ist KAL/Die PARTEI, DIE LINKE., mit 90.000 Euro zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Ablehnung**.

Jetzt dasselbe noch einmal mit 85.000 Euro. Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Antrag 146 (Seite 223): Badisches Staatstheater – Sperrvermerk für Sanierung (FW|FÜR)

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Sie kennen die Geschichte. Zuerst 125 Mio. Euro, 325 Mio. Euro, jetzt sind 500 Mio. Euro im Gespräch. Es ist sicher nicht das letzte Wort in dieser Sache. Bevor wir einfach so weitermachen, im Bestand zu bauen, wo keiner weiß, was noch alles auf uns zukommt, möchten wir uns davor bewahren und sagen, es ist besser, zunächst einen Stopp zu setzen und in die Tiefe zu planen. Bevor wir nicht wissen, was es im Endeffekt kostet, sollten wir nicht weiterbauen. Deswegen soll dieser Betrag von 3,5 Mio. Euro, die schon vergeben sind, auf Sperrvermerk.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich habe vorhin bereits zu dem Punkt gesprochen. Ich will es nur noch einmal betonen. Dieser Antrag zielt auf eine andere Sache. Im Moment kann man dem Badischen Staatstheater diese langfristigen Maßnahmen nicht nehmen. Das sind wichtige Dinge im Brandschutz und mit sonstigen strukturellen Dingen, die langfristige Baumaßnahmen betreffen. Die haben mit dem Neubau nichts zu tun. Der Antrag geht in die falsche Richtung, obwohl das Thema irgendwann einmal so gesetzt werden muss.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich wollte nur sagen, dass man gerade jetzt im Bauausschuss daran arbeitet, mit verschiedenen Modulen und Möglichkeiten kostenberechnende Modelle zu machen, so dass man das über eine 12jährige Periode baut. Das ist das eine.

Das andere ist, das sage ich nicht nur meinem Freund, Herrn Kalmbach, sondern allen hier, wir bauen kein neues Staatstheater. Wir haben die wichtigste Stadtentwicklungsmöglichkeit rund um das Ettlinger Tor mit dem Hermann-Levi-Platz, mit dem Landratsamt gegenüber, das ganze Ettlinger Tor. Hier muss dieses Theater eingefasst werden. Bitte nicht immer sa-

gen, ein neues Staatstheater. Das machen wir nicht. Wir machen ein Staatstheater mit einer Öffnung zu dieser wichtigen Stadtentwicklungsmöglichkeit in Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Wir stellen das jetzt zur Abstimmung. Das ist **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 147 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (GRÜNE, SPD)

Antrag 148 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Antrag 149 (Seite 223): Jazzclub Karlsruhe e. V. – Investitionszuschuss (Jazzclub Karlsruhe e. V.)

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wären Sie einverstanden, dass wir die Anträge alle zusammenfassen können unter 149.000 Euro? – Okay. Dann stelle ich die jetzt zur Abstimmung. – Das ist **mehrheitlich angenommen**.